

HARBURG FÜR ALLE:

SOZIAL UND

GERECHT!



Harburg für alle – sozial und gerecht!

Präambel

„Die Würde des Menschen ist unantastbar!“ Das sagt das Grundgesetz. Doch die Würde des Menschen wird jeden Tag vieltausendfach angetastet, auch in Hamburg, einer sozial immer tiefer gespaltenen Stadt: Die Reichendichte ist mit über 40.000 Millionären und sogar 18 Milliarden die höchste in ganz Deutschland. Zugleich lebt ein Fünftel der Hamburger*innen in Armut oder ist davon bedroht. Die neoliberale Politik des rosa-grünen Senats hat maßgeblich mit dazu beigetragen.

Der Bezirk Harburg ist besonders geprägt von sozialer Ungleichheit, einer unterfinanzierten sozialen Infrastruktur, fehlendem bezahlbarem Wohnraum und einem unzureichend ausgebauten Netz an Bus- und S-Bahnstrecken.

Gleichzeitig setzen sich tagtäglich viele Harburgerinnen und Harburger ehrenamtlich für ihren Bezirk ein. Sei es in der Willkommenskultur für viele geflüchtete Menschen, bei der Tafel, in der Kinder-, Jugend- und Senior*innenarbeit oder in der vitalen Kulturszene.

Der Bezirk wächst zudem mit vielen Neubaugebieten und neuen Mitbürger*innen.

Der rot-grüne Senat hat mitnichten „die ganze Stadt im Blick“, wenn es darum geht, den Bezirk Harburg in seinen vielfältigen sozialen und kulturellen Herausforderungen ernst zu

nehmen und ihn entsprechend bedarfsgerecht zu finanzieren.

Die sogenannte Schuldenbremse des Senats ist für die Bezirke eine Entwicklungsbremse. Vor allem die damit verbundene Kürzungspolitik in den Bezirken zeigt inzwischen ihre zerstörerische Kraft sowohl im sozialen Bereich als auch in der Infrastruktur: Viele Straßen und Brücken unseres Bezirks sind in desolatem Zustand. Die Bezirke werden regelrecht kaputtgespart. DIE LINKE lehnt diese Kürzungspolitik, die den Reichen, Vermögenden und Konzernen niedrige Steuern sichert, ab. Wir setzen uns für die Abschaffung der Schuldenbremse im Grundgesetz und in der hamburgischen Verfassung ein.

Die Mittel, die derzeit auf Bundesebene für Aufrüstung verschwendet werden, würden dringend für Soziales, Gesundheit, Bildung und Kultur benötigt. Die Kriegspolitik geht vor allem zu Lasten der Bevölkerung, die aufeinandergehetzt wird und all derjenigen, die unter der Kürzungspolitik zugunsten der Rüstungsindustrie und den Großaktionären zu leiden haben.

DIE LINKE Harburg setzt sich für eine gerechte Weiterentwicklung des Bezirks ein, damit alle seine Bürgerinnen und Bürger die gleichen Chancen haben.

Unser Wahlprogramm konzentriert sich auf den Kampf gegen die wachsende Armut durch die Schaffung guter Arbeitsplätze, für ausreichend bezahlbaren Wohnraum und bezahlbare Energiekosten, die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs und die Förderung einer inklusiven Bildungs-,

Betreuungs-, Kultur-, Gesundheits- und Sportpolitik.

Wir stehen für eine Bezirkspolitik, die eine saubere Umwelt gleichermaßen im Blick hat wie den Kampf für Frieden und Abrüstung und für einen entschiedenen Antifaschismus.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar!“

Auf dieser Grundlage setzen wir uns ein für eine lebenswerte Zukunft für alle Bewohnerinnen und Bewohner des Bezirks Harburg. Deshalb:

Am 9. Juni DIE LINKE wählen!



Soziale Infrastruktur für alle

Soziale Infrastruktur sorgt dafür, dass alle Menschen in Hamburg gut leben können. Sie hält unsere Stadt zusammen und macht sie lebenswert.

Wir brauchen in unserem Bezirk ausreichend

- Kindergärten und Schulen
- Krankenhäuser und Pflegeheime
- Stadtteilzentren und Bibliotheken
- Theater und Schwimmbäder
- Busse und Bahnen

DIE LINKE setzt sich deshalb für ein massives Investitionsprogramm ein, um nicht nur angemessenen Wohnraum, sondern auch eine gute soziale Infrastruktur für alle Menschen zu schaffen.

Es braucht kostenlose Angebote und Räume zur Stärkung der sozialen Teilhabe und des Gemeinschaftssinnes und Möglichkeiten der politischen Einflussnahme in allen Stadtteilen.

Gutes Wohnen für alle

Wohnen ist ein existenzielles Grundrecht. Alle Menschen haben das Recht auf menschenwürdigen und bezahlbaren Wohnraum.

Die Mieten steigen, die Einkommen aber nicht. Reicht das Geld nicht mehr für die Miete, müssen viele Menschen ihre Wohnung aufgeben und den vertrauten Stadtteil verlassen. Diese Verdrängung werden wir auch im Bezirk weiter bekämpfen und für das Recht auf Wohnen für alle streiten.

Solange Immobilienkonzerne Wohnungen als Spekulationsobjekte nutzen, werden die Mieten weiter steigen.

Während der Bestand an Sozialwohnungen stetig sinkt, sind im reichen Hamburg immer mehr Menschen von Wohnungslosigkeit betroffen.

Langfristig muss per Grundgesetz

Privateigentum an Grund und Boden dem Markt entzogen werden.

• **Wir fordern:**

- einen wirksamen Mietendeckel - für die städtischen Wohnungen der SAGA muss kurzfristig ein Mietestopp kommen.
- eine soziale Bodenpolitik, die auch bei großen Stadtentwicklungsprojekten keine Grundstücke verkauft.
- eine aktive soziale Boden-Rückkaufspolitik, die langfristig den hamburgischen Boden der Kapitalspekulation entzieht und so entweder günstigen städtischen, sozialen Wohnungsbau oder eine temporäre Vergabe in Erbpacht ermöglicht.
- mehr und vor allem langfristig bezahlbare barrierefreie Wohnungen in öffentlicher Hand und in der Hand gemeinnütziger Dritter durch Neubau und Vergesellschaftung, um alle Menschen in der Stadt gerecht mit gutem Wohnraum zu versorgen.

- Alle öffentlich geförderten Wohnungen müssen zukünftig dauerhaft mietpreisgebunden sein.
- konsequente Umsetzung des Housing-First Konzepts in jedem Bezirk.
- finanzielle und organisatorische Förderung des Umzugs von älteren Menschen in kleinere Wohnungen.
- Bei Sanierungen und Umstellung der Heizenergieversorgung muss die Umstellung für Mieter*innen warmmietenneutral gestaltet werden.
- Sanierung und Modernisierung im Bestand statt Abriss und Neubau.
- Konsequente Bekämpfung von Leerständen.
- Wiederherstellung des kommunalen Vorkaufsrechts.

Moorburg ist ein Stadtteil, der in den vergangenen Jahren besonders unter den nur an den Interessen der Wirtschaft ausgerichteten Planungen gelitten hat. Deshalb fordern wir die Entlassung von Moorburg aus dem Hafentwicklungsplan.

Für einen lebenswerten und nachhaltigen Bezirk Harburg:

Verkehrswende, Energiewende, Maßnahmen zur Klimaanpassung

Der Klimawandel bedroht unsere Zukunft. Wir müssen uns auf stärkere und vermehrte Starkregenereignisse sowie deutlich mehr Hitzetage in Verbindung mit längeren Trockenzeiten und niedrigem Grundwasserspiegel einstellen. Diese werden nicht nur die Pflanzen- und Tierwelt belasten, sondern auch die Menschen. Deshalb sind Maßnahmen zur Klimaanpassung und zum Erhalt von Biodiversität zwingend notwendig, sie sind Pflichtaufgaben, auch im Bezirk Harburg.

Wir müssen jetzt handeln, um unseren Bezirk lebenswert zu erhalten.

DIE LINKE setzt sich für eine nachhaltige Zukunft ein. Wir wollen den Verkehr umweltfreundlicher gestalten, mehr Grünflächen schaffen und die Energiewende vorantreiben.

Wir fordern:

- Versiegelung verringern und Oberflächen aufhellen, das Verbot von Schottergärten durchsetzen.
- Schattenflächen schaffen, insbesondere durch Grünpflanzen und Bäume.
- Grünflächen erhalten und diese fit für die Zukunft machen. Grünachsen und Biotopverbünde müssen erhalten und ausgebaut werden.
- Gebäude- und Flächenbegrünung ausweiten, da Pflanzen eine kühlende Wirkung haben.

- Moore wieder vernässen und die Artenvielfalt fördern und erhalten.
- Eingriffe in die Natur sind im selben Stadtteil auszugleichen. Wenn dafür nur sehr junge Bäume gepflanzt werden, dann muss der Ausgleich mindestens 1 zu 3 betragen.
- Umweltschutz darf nicht der kapitalistischen Verwertungslogik unterworfen werden. DIE LINKE setzt sich für eine dauerhaft lebenswerte Umwelt ein, für den Erhalt von Naturschutzgebieten sowie für den besonderen Schutz von gefährdeten Pflanzen und Tieren.
- Bessere Lebensqualität schon für die Kleinsten: Wir fordern eine naturnahe Gestaltung von Schulhöfen.
- Umweltfreundliche Energiegewinnung in Harburg ist möglich, ob mit Großwärmepumpen im Quartier, ob mit Solar- oder Windenergieanlagen. Die Umstellung von Heizöl und Erdgas auf erneuerbare Energien ist eine zentrale städtische Aufgabe für die nächsten Jahre.
- eine kommunale Wärmeplanung, welche Menschen und Unternehmen vor Ort beteiligt und ihnen langfristige Planungssicherheit gewährleistet.
- den großflächigen Ausbau von Wärmenetzen in öffentlicher Hand.
- eine sichere und günstige Versorgung der Harburger Industrie mit Energie.
- eine lokale Ausbildungs- und Joboffensive für Menschen, die für die Energiewende arbeiten.

Für zukunftssichere Energieversorgung müssen

- öffentliche Gebäude Vorreiter bei der Sanierung und dem Einsatz von erneuerbaren Energiequellen sein.
- alle öffentlichen Gebäude mit Photovoltaik und Energiespeichern sinnvoll ausgestattet werden.
- energiearme und schutzbedürftige Haushalte unterstützt werden.

Die Wärmeversorgung ist einer der größten CO₂-Verursacher in unserer Stadt. Dabei ist die direkte Versorgung von Gebäuden mit Wärme aus Biomasse, Wasserstoff und Wasserstoffderivaten ineffizient und teuer. Der Einsatz von Wärmepumpen und die Nutzung von Abwärme sind die Mittel der Wahl, bevorzugt in Wärmenetzen (Nahwärme, Fernwärme und "kalte" Nahwärme). Dabei muss auch die Wärmeversorgung dem Profitstreben entzogen werden.

Wir fordern:

Verkehr

Im reichen, rot-grünen Hamburg wird viel über Klimaschutz geredet, aber es wird zu wenig getan. Der Verkehr wächst täglich, beschleunigt den Klimawandel und schadet unserer Lebensqualität. Es ist möglich, den Verkehr zu verringern, wenn wir auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen können und den Gütertransport vom LKW auf die Schiene verlagern.

Es geht ohne Auto, wenn wir genug Bus- und Bahnstrecken haben und die öffentlichen Verkehrsmittel zum Nulltarif angeboten werden, wenn wir das Radfahren auf breiten Radfahrstreifen so sicher machen, dass niemand von Autos, LKW oder Bussen gefährdet wird und wenn wir für breite, stolperfreie Fußwege und Fußgängerübergänge mit deutlich längeren Grünphasen für mobilitätseingeschränkte Menschen sorgen.

Weniger Autos in Harburg bedeuten mehr Platz für Menschen, für Wohnungen und für Grünflächen. Dafür lohnt es sich, aus- und umzusteigen.

Wir fordern:

- HVV zum Nulltarif!
- Tempo 30 in ganz Harburg.
- Keine A26-Ost! Die Planungen basieren auf alten, unrealistischen und überholten Daten.
- mehr Platz auf der Straße für Fußgänger*innen und Fahrräder.
- feste Stellplätze für E-Scooter. Die Anbieter sind dabei in die Pflicht zu nehmen.
- die zweite Elbquerung für die Schiene.
- eine bessere Anbindung der Außenbezirke an den ÖPNV.
- die Nachrüstung von Abbiegeassistenten für alle Busse und LKW, die im städtischen Auftrag unterwegs sind, perspektivisch für alle LKW und Busse.
- sichere Fußwege mit ausreichender Beleuchtung.
- den Abbau von elektronischen Werbetafeln.
- den Ausbau der Luftmessstationen für eine genauere Bestandsaufnahme der

Luftschadstoffe und strengere Grenzwerte in Wohngebieten.

- höhere Parkgebühren für SUV (Stadtgeländewagen).
- eine öffentliche und bezahlbare Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge in den einzelnen Stadtteilen.

Demokratie vor Ort stärken

Wir wollen die Bürger*innenbeteiligung vor Ort ausbauen und die Stadtteil- und Senior*innenbeiräte stärken. Die Bevölkerung vor Ort will mitbestimmen – und das ist gut so! Die Delegiertenversammlungen müssen finanziell besser ausgestattet werden.

Stärken wollen wir auch die Bezirksversammlungen selbst. Damit demokratische Entscheidungen möglichst vor Ort und im Austausch mit den Bürger*innen gefällt werden können, benötigen die Bezirksversammlungen mehr Spielraum und Befugnisse.

Wir fordern:

- Aufhebung des Groß-Hamburg-Gesetzes und Ersetzung der sieben Bezirksversammlungen durch Kommunalräte mit vergleichbaren Rechten und Pflichten wie in den meisten Gemeinden in der Bundesrepublik.
- Wahlrecht für alle Menschen mit Hauptwohnsitz in Hamburg.
- Stärkung der Bezirke mit eigenem Haushalts- und Budgetrecht.
- Stärkung der Bezirke mit eigenem Haushaltsrecht und Entscheidungskompetenzen über

bezirkliche Verwaltungsvorgänge,
Personaleinsatz und verbindlichem
B-Planrecht.

- Umsetzung von Bezirksentscheiden.
- Weg mit dem Evokationsrecht:
Bürgerentscheide und Beschlüsse der
Bezirksversammlungen müssen für den
Senat bindend sein. Beanstandungen
müssen vom Senat innerhalb einer
4-Wochenfrist entschieden werden und
gerichtlich überprüfbar sein.
- Schluss mit dem Auslagern von Personal
aus den Bezirken in die Fachbehörden.
- Stadtteilbeiräte und
Senior*innen-Delegiertenversammlunge
n zu stärken, sie mit besseren Mitteln
auszustatten und auf mehr
Bürger*innenbeteiligung zu verpflichten.
- Stadtteilbeiräte sollen Rederecht in den
Ausschüssen erhalten.
- Stärkere Einbindung der Integrations-
und Inklusionsbeiräte in die Beratungen
der Bezirksversammlungen.
- Bereitstellung von Räumen und die
Einrichtung von Bürgerhäusern für
soziale Begegnung in den Quartieren.

Der jahrelange Personalabbau in den Ämtern
und Behörden sowie die seit der
Corona-Pandemie massiv vorangetriebene
Digitalisierung hat für viele Menschen die
Zugänge zu den staatlichen Einrichtungen zu
uneinnehmbaren Festungen werden lassen.

Auch wenn der Digitalisierungsgrad der
Gesellschaft steigt, so ist insbesondere dort,
wo es für Menschen existenziell ist, dies oft
nicht oder nur eingeschränkt der Fall. Häufig
scheitert es an einem einzelnen Dokument,
das nicht gescannt werden kann, einem
beratenden Hinweis oder schlicht an der

Möglichkeit, einen Termin auszumachen.
Fehlende technische Endgeräte,
unübersichtliche Terminbuchungssysteme und
eine unverständliche Kommunikation der
Öffnungszeiten und Abläufe sind weitere
Hürden, die die Kommunikation zwischen
Ämtern und Bürger*innen massiv erschweren.

Die rein digitale Kommunikation erweist sich
für viele Bürger*innen als eine Sackgasse. Sei
es bei der Beantragung eines neuen
Ausweises, eines Erbscheins, des
Lohnsteuerjahresausgleichs oder bei einem
Auskunftersuchen beim Finanzamt. Bei all
dem braucht es auch weiterhin die persönliche
Rücksprache und Beratung, zumal alle Ämter
eine gesetzliche Beratungspflicht haben.

Daher fordern wir für unseren Bezirk den Um-
und Ausbau seiner Ämter zu Orten der
Kommunikation zwischen Behörde und
Bürger*innen.

Wir fordern:

- eine erhebliche Aufstockung der Stellen
in allen Ämtern und Behörden.
- die Wiedereinführung von regelmäßigen
Sprechzeiten an allen Wochentagen in
allen Ämtern und Behörden sowie eine
klar verständliche und übersichtliche
Kommunikation der Öffnungszeiten und
Abläufe zur Klärung des Anliegens vor
Ort und digital.
- den räumlichen Umbau der Behörden zu
freundlichen Orten der Kommunikation
zwischen Staat und Bürger*in. Dies
beinhaltet die Einrichtung von
kostenfreien Internetarbeitsplätzen,
Kopier-, Fax- und Scanmöglichkeiten

sowie eine persönliche Hilfestellung bei der Bedienung der jeweiligen Endgeräte in allen Ämtern.

- eine regelmäßig angebotene Schulung zur Nutzung von Endgeräten sowie zur Beantragung digitaler Endgeräte wie PC, Drucker und Scanner für Grundsicherungs- und Bürgergeldempfänger*innen.
- Grundsätzlich müssen auch in Zukunft alle Dienstleistungen der Freien und Hansestadt Hamburg - u.a. Termine bei Ämtern (z. Bsp. Beantragung von Führerscheinen, Personalausweisen, Reisepässen etc.) auch analog angeboten werden, um mittels Anruf oder Vorsprache bei den Behörden für alle Dienstleistungen zeitnah Termine erhalten zu können.

Ärztliche Versorgung - Gesundheit ist keine Ware

In Hamburg herrscht Ärztemangel - auch im Bezirk Harburg. Viele Menschen im Süderelberaum suchen verzweifelt nach einer Hausarztpraxis, die keinen Aufnahmestopp verhängt hat. Die Unterversorgung mit Kinderärztinnen und -ärzten ist für viele Eltern ein Problem, und auf Facharzttermine warten Kassenpatient*innen wochenlang. Es darf auch nicht sein, dass gesundheitliche Versorgung vom Einkommen der Patient*innen abhängt und den Profitinteressen von Konzernen dient.

Wir fordern:

- die Einrichtung von kommunalen Gesundheitszentren, um die ärztliche Versorgung endlich wieder sicherzustellen.
- die Rücknahme der Privatisierung der ehemaligen LBK-Krankenhäuser.

Senior*innen - Soziale Teilhabe auch im Alter

Menschen über 60 bilden einen immer größeren Teil der Bevölkerung, auch im Bezirk Harburg. Wir wollen, dass sie bis ins hohe Alter selbstbestimmt und gleichberechtigt leben können.

Wir fordern:

- ein bezahlbares Senior*innenticket für den öffentlichen Nahverkehr.
- bezahlbare barrierefreie Wohnungen anstatt exklusiver Servicewohnanlagen, die sich nur die Wenigsten leisten können.
- niedrigschwelligen - auch analogen - Zugang zu allen Dienstleistungen.
- eine gut ausgestattete Pflege, die sich nach den Bedürfnissen der Menschen richtet.
- vielfältige Freizeitangebote ohne Konsumzwang, die einer Vereinsamung entgegenwirken.
- Aufenthaltsmöglichkeiten in Parks und auf Plätzen, um ein lebendiges, öffentliches Leben zu fördern.
- Unterstützung generationenübergreifender Projekte.

Emanzipatorische Bildung und Soziale Arbeit – für alle!

Alle Kinder und Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen haben ein Recht auf Teilnahme und Teilhabe an der Gesellschaft. Armut und soziale Ungleichheit stehen dem jedoch vielfach entgegen. Die Zunahme von psychischen Problemen wie Angststörungen und Depressionen auch bei Kindern und Jugendlichen infolge der restriktiven Maßnahmen, die in Verbindung mit der SARS-CoV2-Pandemie über die Köpfe der Betroffenen hinweg verhängt wurden, machen fachliche und politische Antworten dringend erforderlich!

Im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention kämpfen wir für ein gut ausgestattetes Bildungswesen und eine gut ausgebaute soziale Infrastruktur, die auf die Entwicklung von Solidarität, Empathie sowie gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit gerichtet sind. Die jüngst beschlossenen

Verbesserungen im Sozialgesetzbuch VIII zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wollen wir in diesem Sinne nutzen.

Auch in Hamburg ist der Zugang zum Schulsystem jedoch immer noch stark von der sozialen Herkunft der Eltern abhängig. Diese Ungerechtigkeit wird durch die Spaltung des Hamburger Schulwesens in Stadtteilschulen und Gymnasien („Zwei-Säulen-Modell“) noch verstärkt. DIE LINKE tritt dementsprechend für eine inklusive und demokratische Schule für

alle ein, die gemeinsames Lernen ermöglicht. Doch Bildung findet nicht nur in der Schule statt, sondern auch in Kindergärten, Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Vereinen und an vielen anderen Orten.

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) sowie die gemeinwesenorientierte Soziale Arbeit in den Stadtteilen sind wesentliche Bestandteile der sozialen Infrastruktur. Sie tragen zur Entwicklung einer demokratischen Kultur und zu einem solidarischen Aufwachsen bei, stärken die Selbstorganisation und verbessern die Lebensqualität. Die Offene Arbeit ist jedoch strukturell unterfinanziert und vielfach personell schlecht ausgestattet. Für OKJA und Familienförderung werden in Hamburg pro Jahr lediglich 30 Mio. EUR bereitgestellt. Damit wurden im Jahr 2022 rund 250 Einrichtungen der OKJA/Jugendsozialarbeit sowie über 100 Einrichtungen der Familienförderung mehr schlecht als recht gefördert.

Die Konkurrenz zwischen den Einrichtungen um knappe Mittel muss überwunden werden. Statt die Fachkräfte und Ehrenamtlichen mit übermäßigem Verwaltungsaufwand zu belasten, müssen die Angebote verlässlich gefördert und ausgebaut werden. Kinder und Jugendliche sind daran als Expert*innen ihrer Lebenswelt zu beteiligen. Selbstorganisierte Zusammenschlüsse zur Selbstvertretung im Sinne des neuen § 4a des SGB VIII sind zu schaffen und zu stärken.

Seit einigen Jahren nehmen die Problemlagen und Hilfebedarfe in den Familien in gravierendem Maße zu. Die Zahl der Meldungen von Kindeswohlgefährdungen, die Zahl der hilfesuchenden Kinder und Eltern sowie die Zahl der gewährten arbeits- und kostenintensiven Hilfen zur Erziehung bewegen sich auf einem sehr hohen Niveau. Die Allgemeinen Sozialen Dienste (ASD) in den Jugendämtern sind überlastet und die Fachkräfte des ASD und in der ambulanten und stationären Jugendhilfe stehen unter starkem Druck – noch verschärft durch die Nebenwirkungen der Corona-Maßnahmen. So hat die Zahl der Überlastungsanzeigen aus den ASD stark zugenommen. Hier muss dringend gehandelt werden. Es braucht mehr Fachkräfte in den ASD und in der Jugendhilfe insgesamt und diese benötigen bessere Arbeitsbedingungen und deutlich mehr Spielräume für pädagogisches Handeln. Gegenwärtig werden Kinder und Jugendliche, deren Eltern Hilfe zur Erziehung erhalten, häufig weit entfernt von ihrem Zuhause bei gewinnorientierten Trägern untergebracht, die vielfach mit repressiven Methoden arbeiten. Es braucht stattdessen dringend wohnortnahe Lösungen, die nicht stigmatisieren und nicht ausschließen. Dafür müssen Kooperationszusammenhänge wie die erfolgreiche „Koordinierungsstelle individuelle Hilfen“ auch in den Bezirken eingerichtet werden. Benötigt werden Ressourcen für kreative Lösungen und ein Ausbau von sozialräumlichen Einrichtungen wie Stadtteilzentren sowie Kinder- und

Familienzentren. Für wohnungslose Jugendliche muss dringend der benötigte Wohnraum zur Verfügung gestellt werden. Für eine demokratische Verteilung der Mittel sind etablierte Gremien wie die Jugendhilfeausschüsse in ihren Entscheidungskompetenzen zu stärken. Die aus der politisch erzeugten Not geborene Praxis der Bezirke, mit Resten übrig gebliebener Haushaltsmittel die gravierendsten Probleme vor Ort zu beheben, muss aufhören.

Wir fordern:

- Eine Schule für alle. Wir lehnen soziale Selektion und Konkurrenz auch in der Bildung ab.
- Den Ausbau der sozialen Infrastruktur, insbesondere die Stärkung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Straßensozialarbeit, der Familienförderung und für jeden Bezirk ein weiteres Kinder- und Familienzentrum.
- In Neubaugebieten müssen Einrichtungen der OKJA und Treffpunkte wie Kinder- und Familienzentren und Orte der Beratung regelhaft eingerichtet werden.
- Eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung von Kitas und Krippen.

- Beitragsfreies Frühstück in allen Kitas und Grundschulen und beitragsfreies Essen an allen Schulen.
- Mehr fachliche Vollzeitstellen in allen Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (Mindestausstattung von zwei Vollzeitstellen pro Einrichtung der Offenen Arbeit).
- Ein Rahmenkonzept sowie Koordinierungsstellen in allen Bezirken für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Gestaltung ihrer Lebensbedingungen.
- Beitragsfreier Zugang für alle Kinder und Jugendliche zu Sportvereinen, Theatern, Konzerten, Museen und anderen Kulturveranstaltungen.
- Verstärkte Anstrengungen zur Realisierung eines barrierefreien Zugangs zu allen Einrichtungen der Jugendhilfe sowie eine Sanierungsoffensive.
- Verstärkte interdisziplinäre Anstrengungen zur Kompensation der durch die Corona-Maßnahmen erzeugten Defizite.

Integrations- und Migrationspolitik

Im Bezirk Harburg leben viele Menschen mit einem Migrationshintergrund. DIE LINKE steht für eine Integration auf Augenhöhe und eine solidarische Gemeinschaft. Niemand darf ausgegrenzt werden, die Gemeinsamkeiten müssen im Vordergrund stehen.

Menschen, die aus unterschiedlichen Kulturen stammen, dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, Migrant*innen können nicht für gesellschaftliche Probleme verantwortlich gemacht werden. Stattdessen müssen wir uns gemeinsam gegen eine unsoziale Politik wehren.

Für ein erfolgreiches Zusammenleben ist es nötig, alle Harburgerinnen und Harburger mit Projekten, Veranstaltungen und Beratungsstellen zu erreichen und eine Mitgestaltung des Bezirkes zu ermöglichen.

Wir fordern:

- Das Recht auf Kommunalwahl für alle Bürger*innen ab 16 Jahren, unabhängig von ihrer Herkunft und ihrer Nationalität.
- Die Stärkung des Integrationsrats, unter anderem durch einen Verfügungsfonds. So soll es dem Rat möglich sein, Räume und Sachmittel zu finanzieren, um beispielsweise Veranstaltungen durchzuführen.
- Eine Stärkung und Förderung der Migrant*innen(selbst)organisationen, u.a. indem Räume und Sachmittel zur Verfügung gestellt werden und statt begrenzter Projektförderungen eine dauerhafte Finanzierung von Mitarbeiter*innen und Arbeitsprogrammen gewährleistet wird.
 - Förderung von niedrighwelligen Zugängen zu Bildungs- und Beratungsangeboten.

Die meisten Menschen mit Migrationshintergrund haben häufig keine deutsche Staatsbürgerschaft und sind auf die Ausländerbehörde angewiesen.

Die Ausländerbehörde schmückt sich jedoch mit Unerreichbarkeit, Mangel an Kooperation und Langsamkeit.

Umso mehr ist es unverständlich, dass ein Abbau der Stellen in Harburg vorangetrieben wird, obwohl in diesem Bezirk viele Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft leben.

Wir fordern:

- Erreichbarkeit der Ausländerbehörde telefonisch, postalisch und elektronisch sicherstellen!
- Erweiterung der Ausländerbehörde in Harburg.

Förderung des Breitensports statt kostenintensive Großevents

In den Neubaugebieten in Neugraben und Fischbek (Vogelkamp, Heidbrook und Reethen) werden bis zu 12.000 Bewohner*innen einziehen, die meisten sind junge Familien mit kleinen Kindern.

Wir fordern:

- Angemessene Spiel- und Freizeitflächen für alle Menschen sowie Schwimmhallen und Freibäder.
- Die Mittel für den Neubau, die Sanierung und die Instandhaltung der Schulsporthallen und Sportplätze im Bezirk müssen deutlich erhöht werden.
- Kleinere und mittlere Vereine müssen unterstützt werden.
- Damit für den Breiten- und Schulsport in Zukunft ausreichend finanzielle Mittel

zur Verfügung gestellt werden können, ist DIE LINKE entschieden gegen eine Olympiabewerbung Hamburgs.

Kultur

Die Kulturszene im Bezirk Harburg kämpft seit fast zwei Jahrzehnten mit herausfordernden Bedingungen. Mangelnde bezahlbare Räume für kreative Tätigkeiten, ungenutzte Leerstände trotz vorhandener finanzieller Mittel und unzureichende politische Unterstützung während der Pandemie kennzeichnen die aktuelle Situation. Eine umfassende kulturpolitische Debatte sowie die systematische Aufarbeitung der Geschichte Harburgs stehen drängend im Raum. In diesem Kontext sind folgende Forderungen und Ziele formuliert, um einen positiven Wandel in der Kulturlandschaft Harburgs herbeizuführen.

Wir fordern:

- bezahlbare Räume für Kulturschaffende.
- finanzielle und organisatorische Unterstützung für eine lebendige Kulturszene.
- Schaffung eines Kulturbeirats mit Mitspracherecht für Kulturschaffende und Interessierte.
- den Erhalt historischer Gebäude der Industriekultur wie der New-York Hamburger Gummiwarenfabrik oder der Hilke-Likörfabrik.
- die systematische Aufarbeitung der Kolonialgeschichte Harburgs.

Für ein weltoffenes Hamburg

In Hamburg leben seit Jahrhunderten Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen. Diese Realität wird immer wieder als Bedrohung dargestellt, um Hass und Rassismus zu schüren. Wir LINKEN wissen: Solidarität ist unteilbar und international. Wir sind die Partei der arbeitenden Klasse, unabhängig von Herkunft oder Staatsbürgerschaft und vertreten die Rechte der Lohnabhängigen, Menschen mit Sorgeaufgaben, Selbständigen, Transfergeldbezieher*innen ebenso wie die der Erwerbsunfähigen, Kinder und Jugendlichen und Rentner*innen. Wir verwehren uns gegen das Auspielen der Einen gegen die Anderen. Wir streiten für eine solidarische Alternative, damit wir gemeinsam gegen Oben auftreten und niemand nach Unten tritt. Wir stellen uns klar gegen das Vorhaben der Bundesregierung und der EU, die Außengrenzen martialisch abzuriegeln und Abschiebungen zu intensivieren. Wir streiten für die volle Wiederherstellung des Asylrechts, umfassende soziale Rechte und gleiche Partizipationsmöglichkeiten für alle Menschen. Wir sagen: Fluchtursachen bekämpfen, nicht die Geflüchteten!

Dagegen richten sich die nationalistische und völkische AfD und andere extrem rechte Organisationen. Die AfD ist die Partei des deutschen Militarismus, die Aufrüstung und Expansion der Bundeswehr propagiert und ihr im Bundestag auch zustimmt. Sie gibt sich als Friedenspartei und versucht damit nur, über ihre eigentlichen Absichten hinwegzutäuschen und Millionen von Menschen, die eine friedliche Welt wollen, in die Irre zu leiten und für ihre nationalistische und chauvinistische Politik zu vereinnahmen. Die AfD steht für militärische Expansion des deutschen Kapitals, für die neokoloniale Ausbeutung anderer Länder und für das Prinzip von Befehl und Gehorsam. Daher

verteidigt oder verharmlost sie die millionenfachen Verbrechen der Nazi-Diktatur und ihres Vernichtungs- und Eroberungsfeldzugs im Zweiten Weltkrieg. Sie ist Produkt der verrohten bürgerlichen Verhältnisse von Konkurrenz und Ausbeutung und gleichzeitig deren Brandbeschleuniger.

DIE LINKE ist entschiedene Gegnerin der AfD und aller Nazi-Organisationen. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Wir kämpfen dafür, dass die AfD nicht mehr in die Parlamente einzieht, aus dem öffentlichen Leben zurückgedrängt wird, und besonders Nazis raus: aus den Köpfen!

Hamburg ist einer der größten Umschlagplätze für Rüstungsgüter in Europa. Gerade der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine – den wir alle verurteilen – verpflichtet alle zu Deeskalation, diplomatischer Entspannung und atomarer Abrüstung. Wir fordern das Verbot von Rüstungsexporten und Atomwaffen und stehen für eine friedliche Außenpolitik jenseits des militärischen Tunnelblicks: Friedenspolitik bedeutet, Fluchtursachen zu bekämpfen! Die militaristische Indoktrinierung an unseren Schulen und Hochschulen durch die Bundeswehr lehnen wir ebenso ab wie die verherrlichende Zurschaustellung von Kriegsschiffen beim Hafengeburtstag.

Wir wollen den materiellen und kulturellen Reichtum der Stadt für alle Menschen nützlich einsetzen, Menschen jeglicher Herkunft für Frieden und Völkerverständigung zusammen und in Bewegung bringen. Dabei beziehen wir uns auf die Präambel der Hamburger Verfassung: *„Die Freie und Hansestadt Hamburg (...) will im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein.“*

DIE LINKE will oppositioneller Schrittmacher für soziale, demokratische und zivile

Entwicklungsfortschritte sein, um den rechten Kräften dauerhaft den Nährboden zu entziehen.

Wir fordern:

- Hamburg muss zur sicheren Stadt für Geflüchtete, Deserteur*innen und alle Menschen in Not und zur Zuflucht für Seenotgerettete werden!
- In den Bezirken müssen die politischen und sozialen Voraussetzungen für eine gelingende Integration geschaffen werden.
- Kein Werben fürs Sterben mehr an Hamburger Schulen – Bundeswehr raus aus Schulen und Kitas!
- Die Umbenennung der nach Militarist*innen und Kolonialist*innen benannten Straßen, Plätze, Gebäude und Einrichtungen zur würdigen Erinnerung an Antimilitarist*innen, Pazifist*innen, Deserteur*innen und Antifaschist*innen.
- In allen Hamburger Bezirken eine Woche des Gedenkens etablieren und gestalten: Erinnern heißt kämpfen.
- Den 8. Mai als Tag der Befreiung zu einem gesetzlichen Feiertag machen. Wir unterstützen das Bündnis 8. Mai und werden uns auch in den Bezirksversammlungen dafür stark machen.
- In allen Bezirksversammlungen werden wir Initiativen ergreifen, auf einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Aufarbeitung der Hamburger NSU-Morde in der Bürgerschaft hinzuwirken.

Unser Wahlprogramm beinhaltet notwendige erste Schritte, um Probleme des Bezirks Hamburg-Harburg anzugehen. Diese Schritte kann DIE LINKE nicht allein gehen, selbst mit einer Mehrheit in der Bezirksversammlung nicht. Wir brauchen eine solidarische Bewegung vieler Menschen, die eine friedliche und soziale Welt erkämpft. Denn um die Lebensverhältnisse der Mehrheit der Gesellschaft zu verbessern, müssen wir uns gegen die Herrschenden wenden, die ihre Privilegien, ihren – von anderen gesellschaftlich erarbeiteten! – Reichtum und ihre Macht nicht von allein aufgeben werden.

Wir klären über die Ursachen der Probleme auf, thematisieren die soziale Spaltung in der Stadt öffentlich und kämpfen gemeinsam mit Gewerkschaften, Friedens-, Bildungs- und Umweltbewegungen und anderen außerparlamentarischen Bündnissen für eine bessere Welt.

Wählen Sie DIE LINKE und ihre KandidatInnen bei den Wahlen zur Bezirksversammlung und zum EU- Parlament!

Und vor allem: Wählen Sie, selbst aktiv zu werden!